An das
Deutsche Schulamt
Amt für Aufnahme und Laufbahn des Lehrpersonals
Amba-Alagi-Straße 10
39100 Bozen

Ansuchen um Verlängerung des zeitlich befristeten Arbeitsvertrages für das Schuljahr 2017/2018

Der/die Unterfertigte						
geboren am		in			Prov.	
Steuernummer	|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|__|					
Wohnhaft in	PLZ		Gemeinde		Prov.	
	Straße					
Telefon			E-Mail			

erklärt

in der Landesrangliste mit Auslaufcharakter und/oder Landesrangliste für das Schuljahr 2017/2018

- für den Stellenplan/ die Wettbewerbsklasse …….. eingetragen zu sein;
- für das Schuljahr 2016/2017 den befristeten Arbeitsvertrag Nr. …… über …… Wochenstunden für den Stellenplan/die Wettbewerbsklasse …… im Grundschulsprengel/Schulsprengel/ in der Mittel- oder Oberschuldirektion …… …….. für die Zeit bis 31.08. oder 30.06. oder 16.06.2017 abgeschlossen zu haben

und ersucht

um die Verlängerung des obgenannten Arbeitsvertrages für das Schuljahr 2017/2018.
Er/sie ist mit der Verlängerung des Arbeitsvertrages bis zum 31.08.2018 bzw. 30.06.2018 oder mindestens 30.04.2018 einverstanden.

Datum, ... Unterschrift .....

Die zuständige Schulführungskraft ist mit der Verlängerung des Arbeitsvertrages einverstanden:
……
(Unterschrift der Schulführungskraft)

Digitale Unterschrift
Wenn der Arbeitsvertrag von der Schulführungskraft mit digitaler Unterschrift unterzeichnet wird, wird mit der digitalen Unterzeichnung bestätigt, dass der vorliegende Arbeitsvertrag mit dem von der Lehrperson händisch unterzeichneten Papierdokument übereinstimmt sowie, dass das digitale Original dieses Vertrags erstellt wird.

Mitteilung gemäß Datenschutzgesetz (Lgs.D. Nr. 196/2003)
Rechtsinhaber der Daten ist die Autonome Provinz Bozen. Die übermittelten Daten werden von der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die Erfordernisse des Landesgesetzes 2/2008 und des Beschlusses der Landesregierung Nr. 839/2016 verarbeitet. Verantwortlich für die Verarbeitung ist der Abteilungsdirektor des Deutschen Schulamtes.
Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Bei Verweigerung der erforderlichen Daten können die vorgebrachten Anforderungen oder Anträge nicht bearbeitet werden.
Der/die Antragsteller/in erhält auf Anfrage gemäß Artikel 7-10 des Lgs.D. Nr. 196/2003 Zugang zu seinen/ihren Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verlangen.